

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 182 (2016)
Heft: 11

Rubrik: Aus dem Bundeshaus

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.06.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Tartus nicht nur gesichert, sondern erweitert und allen Verbündeten und zukünftigen Partnern die Leistungsfähigkeit der russischen Streitkräfte und deren Waffensysteme eindrucksvoll vor Augen geführt.

Auf der anderen Seite musste die US-Regierung zur Kenntnis nehmen, dass der geplante Regime Change in Damaskus gegen Russland nicht mehr durchzusetzen ist und hat einsehen müssen, dass die Schaukelpolitik zwischen der Türkei auf der einen und den Kurden auf der anderen Seite keine Probleme löst, sondern neue schafft. Darüber hinaus mussten die USA tatenlos zusehen, wie auch der Iran, der Erzfeind Israels, durch sein Engagement im Kampf gegen den IS, sowohl in Syrien als auch im Irak, seinen Einfluss in der Region ausgebaut und gefestigt hat. Am schlimmsten aber ist es für Washington, dass die amerikanische Reputation und auch die seiner Verbündeten in der gesamten Region auf einem Tiefpunkt ist. In einem aktuellen Interview, das Präsident Assad der internationalen Presseagentur AP gegeben hat, spricht der syrische Herrscher aus, was nicht nur viele Regierungen in der Region, sondern auch die dort lebenden Menschen über die USA und die Administration in Washington denken, indem er unter anderem sagt: *«...whatever the American officials said about the conflicts in Syria in general has no credibility. Whatever they say, it's just lies...»* Und auf die Frage, ob sich die Situation in Syrien in absehbarer Zukunft verbessern wird, so dass vielleicht auch die Flüchtlinge zurückkehren können, erklärte Assad: *«No, because I don't believe that in a couple of months Erdogan and the United States regime, and the Western regimes in general, and of course Saudi Arabia and Qatar, are going to stop the support of the terrorist...»*

Zukunftsperspektive

Was ist zu tun oder besser gesagt: Was kann man überhaupt noch tun, um den Krieg in Syrien zu beenden?

Eine einfache Lösung gibt es nicht, aber selbst für kleine Fortschritte müssen die USA und Russland als erstes ihre Eigeninteressen und die ihrer Verbündeten in der Region hintanstellen und sich mit der UN-Resolution 2254 vom 18. Dezember 2015 identifizieren, der einzigen völkerrechtlich verbindlichen Grundlage für einen Frieden in Syrien.

Die Waffenlieferungen an sämtliche Oppositionsgruppen müssen aufhören, auch an die Kurden im Norden Syriens.

Bislang hat Moskau eine klare Position vertreten, indem man alle Kräfte bekämpft hat, die sich den Sturz des Regimes zum Ziel gesetzt haben. Diese Vorgehensweise kann man kritisieren, aber sie war wenigstens klar und in sich logisch. Washington dagegen hat die Strategien und auch die Verbündeten immer wieder gewechselt und es auch zugelassen, dass die CIA im Untergrund die offizielle amerikanische Politik total konterkariert hat. Man ist letztlich nicht einmal mehr sicher, ob Washington den «Regime Change» in Damaskus wirklich aufgegeben hat.

Die UNO muss mit Unterstützung aller Beteiligten die politischen und militärischen Massnahmen koordinieren, um den Friedensplan umzusetzen.

Dafür müssen die unterbrochenen Friedensgespräche wieder aufgenommen werden und zwar unter Beteiligung der USA, Russlands, Iran, Katar, Saudi Arabiens, der Türkei und natürlich der syrischen Regierung. Die syrische Opposition sollte nur hinzugezogen werden, wenn sie sich auf eine offizielle und von allen Gruppierungen legitimierte Delegation verständigt hat und die Waffen niederlegt.

Die Türkei muss ihren Kampf gegen die Kurden in Syrien beenden.

Die regulären syrischen Streitkräfte und die Streitkräfte der USA mit ihren offiziellen Verbündeten und die russische Armee müssen aus einem gemeinsamen Gefechtsstand den IS und die Fatah-al-Sham zerschlagen. Alle anderen Kampfhandlungen müssen eingestellt werden.

All diese Massnahmen können nur funktionieren, wenn Russland und die USA unter Federführung der UNO sämtliche politischen und militärischen Massnahmen koordinieren und die USA akzeptieren, dass Assad bis auf weiteres im Amt bleibt und Moskau zukünftig der entscheidende und vor allem auch gleichberechtigte Partner ist.

Emile Hokayem vom amerikanischen International Institute for Strategic hat leider Unrecht, wenn er sagt: *«We're not going to make Syria into a proxy war between the United States and Russia.»*, weil genau das längst passiert ist. ■



Oberst i GSt aD
Jürgen Hübschen
Beratung für
Friedenssicherung und
Sicherheitskonzepte
D-48268 Greven

Aus dem Bundeshaus

Im politischen Brennpunkt stehen die Armeebotschaft 2016, die Motion «Rüstungsprogramm 2017» sowie die Administrativuntersuchung «BODLUV 2020» im VBS.



Der Nationalrat (NR) verabschiedete als Zweitrat die «Armeebotschaft 2016» vom 24. Februar 2016 (16.026). Er trat – wie der Ständerat (SR) – nicht auf den «Bundesbeschluss zum Zahlungsrahmen der Armee 2017–2020» mit 18,8 Mrd. Franken ein (61 Ja : 128 Nein : 0 Enthaltungen) und beharrte damit auf dem «Bundesbeschluss zum Zahlungsrahmen der Armee 2017–2020» vom 7. März 2016 mit 20 Mrd. Franken. Der NR verabschiedete in der Gesamtabstimmung das «Rüstungsprogramm 2016» mit 1,341 Mrd. (135 : 37 : 15) und das «Immobilienprogramm VBS 2016» mit 572 Mio. Franken (176 : 0 : 12).

Wie der Bundesrat, aber im Gegensatz zum NR, lehnte der SR die Motion «Rüstungsprogramm 2017» der SiK-NR ab (16.3266). «Der Bundesrat wird beauftragt, das Rüstungsprogramm 2017, allenfalls 2017 plus, so auszugestalten, dass die Finanzen der Armee für die Rüstungsausgaben eingesetzt werden können und keine Restkredite entstehen.» Das Parlament habe der Armee jährlich fünf Milliarden Franken zugestanden. Die Bodengestützte Luftverteidigung (BODLUV 2020) war 2017 für das Rüstungsprogramm (RP) vorgesehen und wurde sistiert. Damit sei nicht mehr klar, ob das RP 2017 trotzdem eingehalten werden könne. Hauptgrund für die Ablehnung war der oben erwähnte Bundesbeschluss vom 7. März 2016, wonach das VBS während der Budgetierung eigene Kredite umschichten kann.

Am 22. September 2016 erläuterte der Beauftragte seine «Administrativuntersuchung im VBS – BODLUV 2020 (bodengestützte Luftverteidigung)». Er kommt zum Schluss, «dass nicht die Projektführung, sondern die Indiskretionen das Projekt zum Absturz brachten» [sic!]. Das Vorhaben sei durch Generalunternehmer und Projektauficht weisungskonform bearbeitet worden. Leseempfehlung! Affaire à suivre!

Oberst aD Heinrich L. Wirz
Militärpublizist/Bundeshaus-Journalist
3047 Bremgarten BE